



Herr
Präsident des Nationalrates
Parlament
1010 Wien

Geschäftszahl: BMASGK-10001/0661-1/A/4/2018

Wien, 18.12.2018

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 2045/J der Abgeordneten Stephanie Cox, Daniela Holzinger-Vogtenhuber, KollegInnen** wie folgt:

Frage 1:

Vom Sozialministerium sind in den letzten Jahren folgende Studien in Auftrag gegeben worden:

- „Digitalisierung der Arbeit: Substituierbarkeit von Berufen im Zuge der Automatisierung durch Industrie 4.0“,
- „Digitalisierung – Industrie 4.0 – Arbeit 4.0 – Gender 4.0“ und
- „Polarisierung am österreichischen Arbeitsmarkt“.

Zielsetzung der Studien ist es, Evidenz zu schaffen und darauf basierend Programme und Strategien zu entwickeln und Entscheidungen zu treffen.

Frage 2:

Strategisch geht es einerseits darum, die Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt zu gestalten und andererseits die notwendigen Qualifikationen zu schaffen. Eine scharfe Trennung in kurzfristige, mittelfristige und langfristige Strategien ist schwierig. Strategien sind keine kurzfristigen Maßnahmen, sondern haben kurzfristige (z.B. weniger Jugendliche, die keine

Ausbildung absolvieren), mittelfristige (z.B. bessere Qualifikationen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt) wie auch langfristige (z.B. Personen mit abgeschlossener Ausbildung nehmen auch stärker an lebenslangen Lernen teil) Auswirkungen und Effekte.

Wichtige Strategien gibt es in verschiedenen Bereichen, wie z.B.:

- Zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Österreich wird eine konsequente Arbeitsmarktpolitik verfolgt, die die österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Arbeitsmarktchancen fördert, positive Beschäftigungsanreize schafft, eine Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Betrieben garantiert und die Vermittlung am Arbeitsmarkt erhöht. Den sich ändernden Bedingungen am Arbeitsmarkt wird durch die laufenden Weiterentwicklungen des Arbeitsmarktservice Rechnung getragen. Ziel ist es Personen individuellere Aus- und Weiterbildungsangebote zu bieten, die sich an den künftigen Anforderungen des Arbeitsmarktes orientieren.
- Für Jugendliche wird mit der AusBildung bis 18, dem strategischen Ausbau von Angeboten im Bereich des Übergangs von Schule und Beruf sowie der Berufsbildung ein Schwerpunkt gelegt. Eine gute Ausbildung und eine berufliche Flexibilität sind wichtig, um den Veränderungen am Arbeitsmarkt begegnen zu können, denn Personen mit geringen Qualifikationen sind von den Veränderungen am stärksten negativ betroffen. Diese Strategie wirkt sich daher auch mittel- und langfristig positiv aus.

Das Arbeitsrecht hat stets sozial verträgliche Rahmenbedingungen für die Parteien des Arbeitsvertrages bereitzustellen.

Das Regierungsprogramm sieht die Modernisierung des Arbeitsrechts und die Schaffung eines einheitlichen, den Gegebenheiten der Arbeitswelt im 21. Jahrhundert entsprechenden Arbeitnehmerbegriffes vor. Noch immer wird zwischen Arbeitern und Angestellten unterschieden, obwohl diese Unterscheidung in Anbetracht der Anforderungen an die Arbeitnehmergruppen bzw. deren Tätigkeitsprofile und den Produktionsprozess weitgehend obsolet geworden ist.

Frage 3:

Die Zusammenarbeit erfolgt entweder themenspezifisch, wie zum Beispiel im Bereich der Lehre mit dem Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort und dem Bundesministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung, oder themenübergreifend wie zum Beispiel im Rahmen der Plattform Industrie 4.0, wo sowohl Ministerien wie auch Sozialpartner, Unternehmen und verschiedenste andere Stakeholder eingebunden werden. Zu nennen ist hier auch die LLL:2020-Strategie, die Ministerien-übergreifend das Thema lebensbegleitendes Lernen voran bringt. Auf EU-Ebene hat mein Ressort gerade den Schwerpunkt auf Veränderungen der Arbeitswelt und Digitalisierung gelegt.

Frage 4:

Die Berufswelt ändert sich, aber die Effekte sind nicht so alarmierend, wie sie oft dargestellt werden. Digitalisierung kann dabei helfen, dass Menschen weniger gefährliche, körperlich schwere Arbeit verrichten müssen. Viele Arbeitsplätze werden sich ändern und manche verschwinden. Kurzfristig werden Onlineplattformen, Industrie 4.0 oder der verstärkte Einsatz von Computern und Robotern keine „disruptive“ Entwicklung verursachen. Nur wenige Berufe werden komplett verschwinden, aber viele werden sich ändern, zum Beispiel durch den Einsatz von Assistenzsystemen wie Roboter oder Datenbrillen.

Da berufliches Spezialwissen immer häufiger adaptiert und neue Fähigkeiten erlernt werden müssen, nimmt die Bedeutung des lebensbegleitenden Lernens zu. Bei dieser Adaptierung der Kompetenzen und Weiterbildung spielt die Arbeitsmarktpolitik eine zentrale Rolle.

Besonders bei dem Thema „crowd working“ zeigt sich die arbeitsrechtliche Problematik und der Handlungsbedarf für Sozialpolitik in Gestalt eines modernen „Tagelöhntums“, das in diesem Bereich mitunter anzutreffen ist.

Frage 5:

Für Österreich wird der Anteil der Arbeitsplätze mit einem relativ hohen Risiko der Automatisierung auf 9% aller Arbeitsplätze, das sind rund 360.000, geschätzt (IHS-Studie „Digitalisierung der Arbeit: Substituierbarkeit von Berufen im Zuge der Automatisierung durch Industrie 4.0“ im Auftrag des Sozialministeriums). Personen in Dienstleistungsberufen, Bürokräfte, Hilfsarbeitskräfte und Maschinenbediener haben ein höheres Automatisierungsrisiko, während Akademikerinnen und Akademiker sowie Führungskräfte am geringsten betroffen sind. Diese Studie erfasst – im Gegensatz zu z.B. der häufig zitierten von Frey und Osborne sowie den auf dieser basierenden Studien – die Tätigkeiten in den Berufen genauer, weshalb dieses Ergebnis realistischer eingeschätzt wird.

Nach Wirtschaftssektor betrachtet weisen folgende Sektoren die höchsten Anteile an Beschäftigten aus, die ein hohes Automatisierungsrisiko haben: Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (23% der Beschäftigten), Baugewerbe (18%), Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren (16%), Gastgewerbe, Beherbergung und Gastronomie (15%), Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (14%), Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (14%), Private Haushalte und Hauspersonal (10%) sowie Verkehr und Lagerhaltung (9%). In den anderen Wirtschaftssektoren liegen die Anteile bei 3% und weniger.

Als effektiver Schutz werden in der Studie insbesondere Bildung und treffsichere Qualifikationsprogramme genannt. Dies ist – wie bereits erwähnt - auch ein Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik.

Fragen 6 und 7:

In diesem Zusammenhang ist für mich wesentlich, dass das Thema Modernisierung und Vereinheitlichung des Arbeitsrechts im Allgemeinen und des Arbeitnehmerbegriffs im Besonderen rasch angegangen wird.

Frage 8:

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wurde mit der LLL:2020 Strategie eine Nationale Plattform geschaffen, um übergreifende Ziele zu erreichen, von der vorschulischen Bildung über die Erstausbildung, das Nachholen von Abschlüssen hin zur Weiterbildung, beruflichen Umorientierung sowie lernförderlichen Arbeitsumgebungen.

Mit den Regelungen über den Ausbildungskostenrückerstattung wird den wechselseitigen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen von Beschäftigten und Unternehmen bestmöglich Rechnung getragen, damit Aus- und Weiterbildung in den Betrieben für beide Seiten möglichst attraktiv und auch mit den beruflichen Gegebenheiten vereinbar ist.

Frage 9:

In Österreich hat keine starke Polarisierung stattgefunden, sondern tendenziell ein Wachsen im höherqualifizierten Bereich, bei gleichzeitigem Rückgang im mittel- und niedrigqualifizierten Bereich (siehe Studie zur Polarisierung am Arbeitsmarkt in Österreich: Hofer, Titelbach und Vogtenhuber (2017): "Polarisierung am österreichischen Arbeitsmarkt?", in: Wirtschaft und Gesellschaft).

Frage 10:

Die Beobachtung der Entwicklung des österreichischen Arbeitsmarktes und der Sozialversicherung erfolgt im Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz kontinuierlich.

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz hat im Rahmen des österreichischen EU-Ratsvorsitzes im September 2018 eine Konferenz mit dem Titel: „Digitalisierung der Arbeit“ organisiert. Sie diente dazu, die Diskussion auf europäischer Ebene zu bereichern und der Europäischen Kommission Anregungen für den Umgang mit der zentralen Herausforderung der Digitalisierung sowie bereits identifizierte Lösungsansätze von Mitgliedsstaaten aufzuzeigen.

Für das Steuersystem ist primär das Bundesministerium für Finanzen zuständig. Durch eine Tarifreform sollen die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt werden und damit der Faktor Arbeit entlastet werden.

Frage 11:

Meinungen sind nicht Gegenstand parlamentarischer Anfragen.

Frage 12:

Die österreichische Sozialversicherung finanziert sich mit den Beiträgen der Beschäftigten und den Zuzahlungen aus dem Budget. Eine hohe Beschäftigungsquote ist somit für unser Sozialversicherungssystem entscheidend. Das heißt, es ist entscheidend die Menschen länger und gesund in Beschäftigung zu halten, um das Sozialversicherungs- und Pensionssystem nicht zusätzlich zu belasten. Deshalb werden gemäß dem Regierungsprogramm etliche Maßnahmen (arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie z.B. eine Verbesserung der Reintegration von Rehabilitationsbeziehern in den Arbeitsmarkt, Verbesserung der medizinischen Rehabilitation vor allem im Hinblick auf psychiatrische Erkrankungen, Überprüfung der Ausgestaltung des Rehabilitationsgeldes, Evaluierung der Entwicklung des faktischen Pensionsantrittsalters) umgesetzt.

Die Entwicklung des Sozialversicherungssystems wird mittels Monitoring kontinuierlich von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Ressorts beobachtet.

Die Finanzierungsbasis der Sozialversicherung in Österreich ist nicht gefährdet.

Im Regierungsprogramm ist die Ausarbeitung eines Konzepts zur langfristigen Finanzierung der Pflege unter Einbindung der betroffenen Institutionen und Gebietskörperschaften vorgesehen. Zur Aktualisierung des bestehenden umfangreichen Datenmaterials und zur Darstellung möglicher Finanzierungsmodelle soll eine Studie zur zukünftigen Finanzierung der Pflegevorsorge erstellt werden. Ein Fokus dabei wird auch auf einem internationalen Vergleich von Finanzierungssystemen liegen. Die Ergebnisse dieser Studie sollen die Grundlage für eine politische Entscheidung bilden.

Mit besten Grüßen

Mag.^a Beate Hartinger-Klein

